



**Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches
Engagement**



**DIGITALISIERUNG UND ENGAGEMENT:
KOMPETENZ(EN) IM DIGITALEN WANDEL**

FORUM Nr. 1



FORUM NR. 1

DIGITALISIERUNG UND ENGAGEMENT: KOMPETENZ(EN) IM DIGITALEN WANDEL

Die vorliegende Publikation ist die erste Dokumentation des Projekts »Forum Digitalisierung und Engagement« des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Sie dreht sich thematisch um den Schwerpunkt „Digitale Kompetenz“, also um die Frage, welche Fähigkeiten und Fertigkeiten Ehren- und Hauptamtliche in gemeinnützigen Organisationen benötigen, um den Digitalen Wandel nicht nur nachvollziehen, sondern auch bewusst im Sinne einer gemeinwohlorientierten Digitalisierung mitgestalten zu können. Ein besonderes Augenmerk richtet sich dabei auf die engagementpolitischen Rahmenbedingungen, die dafür gegeben sein müssen und die es künftig auf der politischen Ebene einzufordern gilt.

ISBN 978-3-948153-11-3

INHALTSVERZEICHNIS

- 3** Vorbemerkung
- 5** Dr. Serge Embacher, Dana Milovanovic, Teresa Staiger: Policy Paper „Digitale Kompetenz“
- 12** Ulrike Bahr: Stellungnahme zum Policy Paper „Digitale Kompetenz“
- 14** Dr. Susanna Kahlefeld: Stellungnahme zum Policy Paper „Digitale Kompetenz“
- 16** Jutta Croll, Dr. Carola Croll, Michael Raeder: Expertise zum Themenfeld Digitale Kompetenz im bürgerschaftlichen Engagement
- 30** Autor*innen
- 32** BBE-Newsletter online

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Michaelkirchstr. 17/18
10179 Berlin-Mitte

☎ +49 30 62980 100
✉ info@b-b-e.de
🌐 <https://www.b-b-e.de>

REDAKTION DER PUBLIKATION

Dr. Serge Embacher, Anne-Kathrin Gräfe, Paula Jörres, Dana Milovanovic,
Johanna Neuling, Teresa Staiger

REDAKTION DER REIHE

PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Lilian Schwalb, Dr. Rainer Sprengel

V.I.S.D.P.

PD Dr. Ansgar Klein

LAYOUT/SATZ

Regina Vierkant (sevenminds)

ERSCHEINUNGSDATUM

April 2021

ISBN 978-3-948153-11-3

Die Erarbeitung der vorliegenden Publikation erfolgte im Rahmen der Tätigkeit des Projekts »Forum Digitalisierung und Engagement« des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Die Arbeit des Projekts wird durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und die Robert Bosch Stiftung gefördert.



ENTWICKELN. VERNETZEN. STÄRKEN.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist das Netzwerk für Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft zur nachhaltigen Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Bürgergesellschaft in allen Gesellschafts- und Politikbereichen.

VORBEMERKUNG

Das »Forum Digitalisierung und Engagement« ist ein Projekt des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE), bei dem es um grundlegende Verständigung über die Bedeutung des Digitalen Wandels für die organisierte Bürgergesellschaft in Deutschland geht. Über einen Zeitraum von zwei Jahren soll mit den Mitgliedern des BBE, aber auch mit weiteren Interessierten aus den Sektoren Staat/Verwaltung, Wirtschaft/Unternehmen und Bürgergesellschaft/Non-Profits, über Perspektiven im Umgang mit Digitalisierung und „künstlicher Intelligenz“ diskutiert werden. Dass „Corona“ auch im Feld der gemeinnützigen Organisationen einen Einstellungs- und Praxiswandel bewirkt hat, ist dabei nur ein Aspekt unter vielen. In erster Linie geht es um eine informierte und selbstbewusste Aneignung in actu, also mitten in einem unabgeschlossenen Prozess Digitaler Transformation, von dem wir sicher bislang nur wissen, dass er unumkehrbar ist. Dass es dazu gegenwärtig keine fertigen Positionen geben kann, sollte uns nicht vom Versuch einer selbstbewussten Mitgestaltung des Digitalen Wandels abhalten. Die geballte Expertise in Praxisfragen, die in den vergangenen Jahren in vielen Vereinen, Verbänden und Initiativen entstanden ist, wird dabei helfen, das eigene Handeln besser zu reflektieren und daraus Schlussfolgerungen für den Ausbau Digitaler Kompetenz zu ziehen.

Im November 2020 stand beim ersten (Online-)Dialogforum im Rahmen des Projekts

das Thema „Digitale Kompetenz“ im Mittelpunkt der Diskussionen. Anhand eines vorab vom Projektteam konzipierten Policy Papers erarbeiteten die rund vierzig Teilnehmenden zwei Tage lang zahlreiche Handlungsempfehlungen, die dem BBE und seinen Mitgliedern für die künftige engagementpolitische Debatte hilfreich sein mögen. Dabei scheint eines klar zu sein: Ohne die entsprechenden rechtlichen, materiellen und engagementpolitischen Rahmenbedingungen kann der Digitale Wandel nicht im Sinne von gleichberechtigter Teilhabe und politischer Partizipation gelingen. Das Projekt und seine Dialogforen, die auch auf einer eigens programmierten Online-Plattform (www.forum-digitalisierung.de) dargestellt sind, soll nicht zuletzt die Stimme der Zivilgesellschaft im Digitalen Wandel besser hörbar machen.

Im Folgenden dokumentieren wir:

- das Policy Paper „Digitale Kompetenz“ in der abschließenden Fassung, das heißt nach Abschluss aller Kommentierungs- und Beteiligungsrunden,
- einen Kommentar von Ulrike Bahr, MdB und Mitglied des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages,
- einen weiteren Kommentar von Susanna Kahlefeld, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und dort Vorsitzende des Ausschusses für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation,

VORBEMERKUNG

- eine Expertise der Stiftung Digitale Chancen, die eigens für das Dialogforum erstellt und dort in Auszügen vorgestellt wurde.

Das Team des »Forums Digitalisierung und Engagement« bedankt sich bei allen Teilnehmenden des Dialogforums „Digitale Kompetenz“ für ihren Einsatz und die Bereitschaft, sich auch auf kleinteilige,

manchmal anstrengende, aber letztlich sehr produktive Textarbeit einzulassen. Unser Dank gilt außerdem Ulrike Bahr, Susanna Kahlefeld und den Autor*innen der Stiftung Digitale Chancen, Jutta Croll, Carola Croll und Michael Raeder.

Serge Embacher
Leiter »Forum Digitalisierung und Engagement«

DR. SERGE EMBACHER, DANA MILOVANOVIC, TERESA STAIGER

POLICY PAPER „DIGITALE KOMPETENZ“

Dialogforum: Digitale Kompetenz

Das »Forum Digitalisierung und Engagement« soll im zivilgesellschaftlichen Feld ein gemeinsames Verständnis des Digitalen Wandels erarbeiten. Das Projekt behandelt in einer Reihe von zweitägigen Dialogforen zentrale Aspekte des gegenwärtigen Digitalisierungsprozesses, der auch für das bürgerschaftliche Engagement und die organisierte Bürgergesellschaft mehr und mehr an Bedeutung gewinnt. Dabei verfolgt das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) einen trisektoralen Ansatz, das heißt: Die organisierte Bürgergesellschaft sucht hier den kritisch-konstruktiven Austausch mit Staat und Wirtschaft. Die Dialogforen werden eingerahmt von einer Auftakt- und einer Abschlusskonferenz. Am Ende steht eine Dokumentation des Prozesses mit Handlungsempfehlungen für Politik, Wirtschaft und Bürgergesellschaft.

Das Dialogforum „Digitale Kompetenz“ ist das erste der Fachforen. Es wird online begleitet durch die seitens des BBE aufgesetzte Partizipationsplattform www.forum-digitalisierung.de.

Das Projekt wird gefördert durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und die Robert Bosch Stiftung.

1 Bestandsaufnahme – Digitale Kompetenz als ein (neuer) Schlüssel zum Engagement

Der Begriff „Digitale Kompetenz“ vermittelt fälschlicherweise den Eindruck, dass es

sich um eine eng definierte und abgegrenzte Fähigkeit handelt, die – einmalig erlernt – auf Dauer abrufbar ist. Dem ist nicht so. Digitale Kompetenz muss stattdessen als Sammelbegriff für eine Vielzahl unterschiedlichster Kompetenzen im Zusammenhang mit der Nutzung digitaler Medien und Technologien verstanden werden, als Voraussetzung für die Teilhabe in einer digitalen Welt. Der „Referenzrahmen für digitale Kompetenzen der Europäischen Union“ summiert daher auch ganze 21 Fähigkeiten und Kenntnisse aus fünf verschiedenen Wissensbereichen um den Begriff der „Digitalen Kompetenz“. Darunter finden sich Fähigkeiten aus den Segmenten Datenverarbeitung, Kommunikation, Sicherheit, Problemlösung sowie Erstellung von Inhalten. Dazu gehören auch Medienkompetenzen, also das Verständnis von Inhalten und ihre Bewertung.

Die Notwendigkeit von Digitaler Kompetenz erlangt auch in der organisierten Bürgergesellschaft eine stetig wachsende Bedeutung. Gemeinnützige Organisationen kommen immer mehr in den Umgang mit digitaler Technik. Was mit E-Mail und Website vor etwa zwanzig Jahren begann, hat mittlerweile Einzug in fast alle Engagement- und Arbeitsbereiche gehalten. Sehr viele Engagierte und ihre Vereine, Verbände und Initiativen nutzen Social-Media-Anwendungen (wie zum Beispiel Facebook, Twitter und Instagram) für die öffentliche Kommunikation und Kollaborationswerkzeuge für den Austausch un-

tereinander sowie die gemeinsame Arbeit (zum Beispiel Etherpad, Trello und Slack). Ohne dass man „Digitalisierung des Engagements“ genau definieren müsste, lässt sich feststellen, dass der Digitale Wandel, der alle Gesellschaftsbereiche erreicht hat, auch Struktur und Arbeitsweise der Zivilgesellschaft in Deutschland stark verändert und noch weiter verändern wird.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass sich die Formen und Strukturen bürgerschaftlichen Engagements durch den Digitalen Wandel verändern. Mittels digitaler Tools kann Engagement beweglicher, kurzzeitiger und kleinteiliger funktionieren, und die Vermittlung, der Einsatz und die Koordination von Engagierten bieten die Möglichkeit, sich einfacher und besser zu organisieren und breiter aufzustellen. Digitale Tools ermöglichen darüber hinaus eine ortsunabhängige Vernetzung.

Außerdem hat sich in der Pandemiekrise mit den beschränkten Kontaktmöglichkeiten gezeigt, dass der gekonnte Umgang mit digitalen Instrumenten gemeinnützige Organisationen resilienter und widerstandsfähiger macht. Dies ist vor allem deswegen wichtig, weil der ungekonnte oder auch unreflektierte Umgang mit digitalen Tools erhebliche Gefahren, besonders im Hinblick auf Datenschutz und Datensicherheit, birgt. Schließlich kann das Engagement mit digitalen Mitteln sichtbar gemacht werden und zusätzliche Anerkennung und Wertschätzung erfahren. Allerdings wird das Analoge durch den Digitalen Wandel nicht abgelöst oder ersetzt. Vielmehr sind für die Zukunft mehr und mehr eine Integration von digitalen und analogen Arbeitsweisen und Formaten sowie die Weiterentwicklung des digitalen Engagements zu erwarten.

Entgegen gelegentlicher kulturkritischer Rufe herrscht im Feld der Bürgergesell-

schaft keine allgemeine Digitalisierungsskepsis. Doch scheint der Digitale Wandel in vielen gemeinnützigen Organisationen noch keine Priorität im Sinne einer strategischen Adressierung zu haben. Dies wird häufig verhindert durch fehlende Erfahrungen und daraus resultierend Unkenntnis, durch Unbehagen, Scham und Ängste. Doch selbst wenn die intrinsische Motivation und die Einsicht in die Notwendigkeit vorhanden sind, fehlen häufig schlicht die Ressourcen und Kapazitäten, um sich mit dem Thema zu beschäftigen.

Zentral für die Mitwirkung der Zivilgesellschaft bei der Weiterentwicklung des Digitalen Wandels ist der Grad der im Feld vorhandenen Kompetenzen. Dabei geht es um ein individuelles und organisationales „Digitales Mindset“, das es gemeinsam auszuhandeln gilt. Damit ist eine Denkweise gemeint, die bestimmte Verhaltensweisen, eine Offenheit für das Digitale und seine dynamische Entwicklung sowie eine gewisse Begeisterungsfähigkeit für die Potenziale digitaler Technologien impliziert.

Es kommt darauf an, dass Digitale Kompetenzen über alle sozialen Schichten, Altersgruppen und Tätigkeitsfelder hinweg erworben werden können. Digitale Kompetenz zielt dabei nicht nur auf einen gekonnten Umgang mit digitaler Technik, sondern besonders auf die individuelle Entscheidungs- und Gestaltungsfähigkeit ab.

Insgesamt bietet der Digitale Wandel unter anderem folgende Potenziale für das Engagement und für gemeinnützige Organisationen:

- aktive Teilhabe am und Gestaltung des Digitalisierungsgeschehens durch das bürgerschaftliche Engagement und die Zivilgesellschaft, um dem Digitalen Wandel – im Gegensatz zur aktuellen Situation – eine echte Gemeinwohlo-

rientierung jenseits von Kommerzialisierung und administrativer Intransparenz zu geben,

- dadurch Nutzbarmachung des Digitalen Wandels für das Gemeinwohl, das heißt, die Digitalisierung steht im Dienst der Gesellschaft: beispielsweise durch Sicherstellung digitaler Teilhabe und Chancengleichheit für alle, Einflussnahme auf Netzpolitik und Datenschutz, auf Open-Data- und Open-Source-Diskurse (nicht-proprietäre Software), Beteiligung bei der Ausarbeitung von Standards für die Sammlung und Bereitstellung von Daten, Implementierung des Open-Government-Ansatzes sowie Kontrolle algorithmischer Systeme bei Entscheidungen über gesellschaftliche Teilhabe (wertegeleitete algorithmische Entscheidungssysteme) etc.,
- Entstehung neuer, genuin digitaler Engagementmöglichkeiten (zum Beispiel Wikipedia, wheelmap.org, Code for Germany, Hackathon „WirVsVirus“),
- Online-Ergänzungen des Engagements vor Ort (zum Beispiel durch virtuelle Freiwilligenbörsen, zielgruppenorientierte Kommunikation über Social Media, neue Formen des Spendens bzw. neue Fundraising-Kanäle) und dadurch Schaffung von Freiräumen und Entlastung für das unmittelbare Engagement (zum Beispiel durch Vereinfachung von Verwaltungsprozessen und Bürokratieabbau),
- Unterstützung des Engagements durch neue Arbeitsweisen und agile Methoden wie SCRUM oder Design Thinking,
- mehr Überblick über das Engagementfeld durch Hinzunahme technologischer Hilfsmittel wie etwa Plattformen, Wikis sowie neue Impulse durch digitale Lösungen und Online-Werkzeuge für bürgerschaftliches Engagement,
- Erlernen kritischer Reflexionsfähigkeit durch selbstständige Aneignung digitaler Instrumente und Umgebungen.

Alles in allem stellt Digitale Kompetenz unter den Bedingungen des technologischen Wandels einen neuen Schlüssel zum bürgerschaftlichen Engagement dar. Da die Digitalisierung alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umschließt, hängen die künftige Bedeutung des Engagements, seine Wirkung und Schlagkraft ganz wesentlich von einer spezifischen Adaption und Gestaltung des Digitalen Wandels für die Zivilgesellschaft ab.

2 Analyse – Digitale Kompetenz als Privileg und Zufall

Unstrittig ist, dass Digitale Kompetenz – hier verstanden als die individuellen Fähigkeiten von Haupt- und Ehrenamtlichen in gemeinnützigen Organisationen – unabdingbar für den Umgang mit dem technologisch bedingten Wandel ist. Allerdings ist zu beachten, dass der Auf- und Ausbau Digitaler Kompetenzen aufgrund der Komplexität und Geschwindigkeit neuer technologischer Entwicklungen niemals als abgeschlossener Vorgang betrachtet werden darf, sondern als kontinuierlicher organisationsinterner sowie individueller Prozess verstanden werden muss.

Die Frage lautet daher weniger, wie sich Digitale Kompetenzen im bürgerschaftlichen Engagement ausbauen ließen, sondern wie ein fast schon routinierter sowie kontinuierlicher und nachhaltiger individueller Lernprozess in die Organisationsabläufe integriert werden kann. Bei der Frage, wie viel Digitale Kompetenz für die einzelnen Engagierten oder Hauptamtlichen nötig ist, sollte man allerdings je nach konkreter Engagementtätigkeit differenzieren. Es muss aber auch klar sein: Digitale Kompetenz als Voraussetzung für Engagement ist nicht nötig. Vielmehr kann Kompetenzerwerb auch durch Lernen im Engagement selbst erfolgen.

Zentral ist, dass jede Organisation für sich selbst entscheiden muss, welche der zahlreichen Digitalen Kompetenzen aktuell, mittelfristig und langfristig für das bürgerschaftliche Engagement am relevantesten sind (Kompetenzfahrplan für die Organisation). Nichtsdestotrotz zeichnet sich ab, dass es grundlegender Kompetenzen bedarf, ohne die der Digitale Wandel nicht zu handhaben ist. Dazu zählt Grundwissen zu Themen wie: Datenschutz und Datensicherheit (zum Beispiel Cookies, sichere Passwortvergabe, Datensparsamkeit), Datenverarbeitung (wie etwa Suchmaschinenverwendung, Einschätzung von Quellen, Datenspeicherung), Kommunikation (Social Media, kollaboratives Arbeiten, Erstellung von Inhalten etc.) und Problemlösung (zum Beispiel Reaktion auf technische Probleme bei der Computernutzung, Wissen um die Notwendigkeit der regelmäßigen Erweiterung der eigenen Fähigkeiten).

Hierbei spielen der Austausch und das wechselseitige Lernen eine wichtige Rolle, ebenso wie die Handhabbarkeit und Nutzbarkeit der digitalen Möglichkeiten.

Ferner ist es angesichts der nach wie vor kursierenden Unsicherheiten im Umgang mit der Digitalisierung zum einen wichtig, dass der Fokus auf nachhaltigem Wissens- und Kompetenzaufbau und weniger auf Szenarien der Angst und des Unwissens liegt. Zum anderen kann eine sachliche und differenzierte Diskussion über Chancen und Risiken des technischen Fortschritts dem bisweilen grassierenden Technikdeterminismus ein Ende setzen. Im Digitalen Wandel souverän zu agieren, heißt immer auch, Umfang und Tiefe der Auseinandersetzung in der eigenen Organisation vor dem Hintergrund der fachlichen Ausrichtung selbstbewusst zu bestimmen. Für eine Wohlfahrtsorganisation, Hilfsorganisation oder ein Kinder-

hilfswerk bedeutet der Digitale Wandel etwas anderes als für einen Sportverein, eine Freiwilligenagentur oder für Internetsorganisationen (Online-Communities, soziale Bewegungen).

Bislang dominieren eher die individuellen Wege bei der Kompetenzerlangung im Digitalen Wandel. Digitale Kompetenz ist heute eher Privileg und Zufall als Resultat einer inklusiven und partizipativen Anstrengung. Der Aspekt des wechselseitigen Lernens muss viel stärker als bislang in den Fokus gerückt werden, um Menschen zu motivieren. Nicht „Rückständigkeit“, Skepsis und mangelhafte digitale Bildung sollen betont werden, sondern die Möglichkeiten eines produktiven Austauschs. Es ist jedoch fraglich, ob dieser sich im System bisheriger „traditioneller“ Arbeitsweisen und Hierarchien agil, flexibel und selbstbestimmt gestalten lässt. Digitalisierung benötigt basisdemokratische organisationsinterne Prozesse sowie Aufgeschlossenheit auf Arbeits- und Leitungsebene. Der strategische Aufbau Digitaler Kompetenzen innerhalb einer Organisation ist gleichermaßen abhängig von der Akzeptanz, dem Interesse und dem Willen der Leitungs- sowie Arbeitsebene.

Ein weiteres Problem scheint darin zu liegen, dass viele Ehren- und auch Hauptamtliche in gemeinnützigen Organisationen bisher nicht die Notwendigkeit erkennen, eine digitale Strategie des Kompetenzerwerbs für „ihren Verein“ zu entwickeln und dadurch die Chancen und Potenziale der Digitalisierung ungenutzt lassen. Oder man erkennt zwar die Notwendigkeit und auch die Vorteile, sieht sich aber dazu nicht in der Lage. Auf jeden Fall ist das jeweilige Zusammenspiel zwischen Haupt- und Ehrenamt hinsichtlich der Kompetenzen und der Arbeitsstrukturen wichtig und muss mitgedacht werden.

Überdies fehlt häufig die notwendige technische Ausstattung (Hardware, Software, IT-Dienstleistungen) selbst, da entweder die Organisationsstrukturen noch klassisch analog aufgestellt sind und Prozesse noch nicht digital gedacht werden oder die nötige finanzielle und personelle Ausstattung fehlt. Vielerorts fehlt auch die notwendige Infrastruktur (flächendeckender Breitbandausbau), um am Digitalen Wandel umfänglich teilzuhaben.

Doch selbst da, wo diese Voraussetzungen gegeben sind, ist mitunter die Bereitschaft gering oder die Überforderung zu groß, sich mit dem Thema oder auch nur mit den je eigenen Kompetenzen auseinanderzusetzen. Der Kompetenzdiskurs findet im Spannungsfeld von Generationenunterschieden, sozialer Spaltung und persönlichen Hemmnissen statt. Problematisch ist zudem, dass unterschiedliche Qualifikationsstände die ausgewogene Zusammenarbeit erschweren. Nicht nur das digitale „Equipment“, sondern auch die Digitalen Kompetenzen werden als eine individuelle Eigenschaft betrachtet, die man entweder hat oder nicht hat. Es fehlt an einem kontinuierlichen Wissensaufbau in den Organisationen.

Umso mehr bedarf es einer systematischen Zusammenstellung der benötigten und für die engagierte Zivilgesellschaft relevanten Kompetenzen („Kompetenz-Roadmap“), um den Organisationen einen Referenzrahmen für die eigene Digitalstrategie zu bieten, an dem sie sich orientieren können, wenn es um die Kompetenzen von Haupt- und Ehrenamtlichen geht.

3 Konsequenzen – Strukturen schaffen, um Engagement digital zu befähigen

Aus der Analyse des Status quo lassen sich eine Reihe von Handlungsempfehlungen ableiten. Es geht darum, Strukturen zu

schaffen, um die Ehrenamtlichen und ihre Organisationen zu befähigen, auch digital zu agieren. Dabei kommt es sowohl auf den systematischen Erwerb grundlegender Kompetenzen als auch auf die Erlangung der Fähigkeit zur kritischen Reflexion an.

Im Einzelnen geht es um folgende Erfordernisse, für die zur besseren Übersicht vier Kategorien erarbeitet wurden:

1. Selbstbestimmte Kriterien für Kompetenzerwerb

- bessere Koordination und Abstimmung zur Erarbeitung einer Agenda für Digitale Kompetenz, zum Beispiel in den Arbeitsgruppen des BBE,
- Förderung, Aneignung und Kultivierung eines „Digitalen Mindsets“ in unterschiedlichen Zielgruppen und Anwendungsfeldern,
- Definition von Schulungsstandards (etwa in Form von Zertifizierung) und in Anlehnung an DIN-/ISO-Normen, zum Beispiel durch das Nationale Europass Center (NEC) – angesiedelt beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB),
- Entwicklung eines spezifizierten und priorisierenden Kompetenzrasters für Akteure des bürgerschaftlichen Engagements, zum Beispiel in Anlehnung an den Europass der Europäischen Union,
- Analyse der Wirksamkeit informeller Qualifizierungsmaßnahmen im Engagementbereich (beispielsweise Train-the-Trainer-, Peer-to-Peer-Programme) versus externe Schulungen zur Vermittlung Digitaler Kompetenzen in Organisationen, zum Beispiel durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

2. Aufbau und Vermittlung von Kompetenzen

- Unterstützung bei der Erstellung einer „Kompetenz-Roadmap“ als mehrstufiger

partizipativer Prozess (Bestandsaufnahme in der Organisation, Erhebung der vorhandenen Kompetenzen bei den Haupt- und Ehrenamtlichen, Berücksichtigung des Bedarfs nach fachlichen Gesichtspunkten, daraus abzuleitende Maßnahmen), zum Beispiel durch engagementfördernde Stiftungen, die Infrastruktureinrichtungen der Engagement- und Teilhabeförderung und die Arbeitsgruppe Zivilgesellschaftsforschung des BBE etc.,

- systematischer Erfahrungsaustausch zwischen digital affinen und weniger affinen Organisationen mit unterschiedlichen Kompetenzgraden (beispielsweise durch Mentoringprogramme), unterstützt durch Engagementnetzwerke auf kommunaler und Länderebene,
- leicht zugängliche Zusammenstellung (etwa auf einer Plattform) bereits vorhandener Weiter-)Bildungsstrukturen, Hilfsprogramme und Angebote inklusive kontinuierlicher Pflege und dadurch Vermeidung des Aufbaus von Doppelstrukturen, zum Beispiel durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ),
- Entwicklung und Stärkung von Medien- und Informationskompetenz(en): angesichts des derzeitigen Anstieges von kruden Verschwörungsmythen (auch Hatespeech, Social Bots, Fake News etc.), die sich nicht nur, aber besonders im digitalen Raum scheinbar ohne Mühe verbreiten, ist die Erlangung von Medienkompetenz(en) ein wichtiger Baustein im Aufbau Digitaler Kompetenz und sollte verschärft in den Blick genommen werden, zum Beispiel durch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) oder den Arbeitskreis Deutscher Bildungsstätten e. V.,
- Schaffung von systematischen und dauerhaften Austauschformaten zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft, insbe-

sondere zwischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und kleinen Initiativen und Vereinen (über die Entwicklung von guten Rahmenbedingungen durch Schulungs- und Fortbildungsmöglichkeiten etc.), etwa in Kooperation mit der Offensive Mittelstand.

3. Bereitstellung und Erschließung von Ressourcen

- Plattform zur Übersicht der vorhandenen Fördermöglichkeiten zur Qualifizierung und zum Ausbau Digitaler Kompetenzen, zum Beispiel durch die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt,
- vergünstigte Tarife für gemeinnützige Organisationen seitens privatwirtschaftlicher Anbieter (wie Telekommunikationsunternehmen),
- Finanzierung von Hardware, Software, IT-Serviceleistungen und Qualifizierungsangeboten im Rahmen eines Digitalisierungsprogrammes für die Zivilgesellschaft.

4. (Engagement-)politische Rahmenbedingungen

- Ermöglichung institutioneller Förderung für die Verstetigung von bereits vorhandenen Qualifizierungs- und Vernetzungsangeboten durch Bund und Länder,
- Ergänzung der politischen Bildung durch den Bereich „Digitale Kompetenz“, zum Beispiel durch Einbindung in die bpb (relevantes Budget, Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Akteure in die beratenden Gremien),
- Ergänzung der politischen Bildung durch den Bereich „Digitale Kompetenz“ auch in den Landeszentralen für politische Bildung oder durch den Aufbau einer Bundeszentrale für digitale Aufklärung,

- Verstetigung von Austauschformaten wie das »Forum Digitalisierung und Engagement« zur kontinuierlichen Mitgestaltung des Digitalisierungs- und Kompetenzdiskurses,
- Berücksichtigung kontinuierlicher Qualifizierung in Digitaler Kompetenz in den Förderrichtlinien der öffentlichen Hand durch eine Digitalisierungspauschale zusätzlich zur bereits vorhandenen Verwaltungspauschale,
- struktureller Ausbau und Förderung des Engagements als Lernort für Digitale Kompetenz durch Infrastruktureinrichtungen vor Ort (Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser, Bürgerstiftungen),
- Berücksichtigung digitaler Engagementsakteure und ihrer Angebote in lokalen Bildungslandschaften (zum Beispiel digitale Nachbarschaftsplattformen) durch Integration in kommunale oder Landesengagementstrategien,
- faire, verlässliche, stabile und gleichberechtigte Netzzugänge, reguliert durch den Bund (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur – BMVI),
- Schaffung eines auf Dauer angelegten Runden Tisches oder Forums für Digitalisierung zum Ausbau Digitaler Kompetenzen in Deutschland unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Vertreter*innen,
- Integration und Berücksichtigung der zivilgesellschaftlichen Perspektive bei aktuellen Forschungsvorhaben und Publikationen sowie in politischen Programmen zum Schwerpunkt Digitale Kompetenz, zum Beispiel durch das BMBF, Universitäten, Forschungseinrichtungen,
- flächendeckender Ausbau des FSJ Digital (Integration in lokale Bildungslandschaften bzw. lokale Infrastruktur für Engagement).

Insgesamt kommt es auf die Verdeutlichung der gesellschaftlichen, strukturellen sowie organisationsinternen Relevanz des Digitalen Wandels für die engagierte Zivilgesellschaft und die Notwendigkeit einer gemeinsamen Sprech- und Handlungsfähigkeit an. Das Thema „Digitale Kompetenz“ muss hierbei als ein Schwerpunkt betrachtet werden.

ULRIKE BAHR

STELLUNGNAHME ZUM POLICY PAPER „DIGITALE KOMPETENZ“

Digitalisierung wird in unterschiedlichen Kontexten verschieden wahrgenommen. Auf der einen Seite zeigt sich die Bundesrepublik als Innovationsmotor Europas, der ohne eine funktionierende digitale Infrastruktur niemals so erfolgreich laufen könnte. Auf der anderen Seite haben wir eine Bundesbildungsministerin, die 2018 noch meinte, dass nicht „an jeder Milchkanne“ schnelles Internet der neuesten Generation verfügbar sein muss. Dieser harsche Beobachtungscontrast stellt ein Grundproblem dar, welches auch das Policy Paper klugerweise adressiert.

Besonders im Alltag verbinden viele mit der Digitalisierung keine Chancen, sondern nehmen den Begriff weiterhin abstrakt und sperrig wahr – obwohl die meisten laut einer Umfrage des Branchenverbands Bitkom den vielfältigen digitalen Möglichkeiten wie zum Beispiel der Kommunikation mittels Messengerdiensten, dem Nutzen von Streamingangeboten, der Partnersuche mithilfe von Algorithmen oder dem Buchen von Urlaubsreisen offen gegenüberstehen. Es stimmt, häufig benötigen wir einen Impuls von außen, um ins Doing zu kommen. Ohne Pandemie kein großflächiges Homeofficeangebot, kein Digitalisierungsschub in der Schule oder im Engagementbereich. Was also tun, um den nötigen Impuls hier dauerhaft zu gestalten?

Digitalisierung im Engagement – und damit die Vermittlung von Kompetenzen – braucht gute Ideen und eine verlässliche

Infrastruktur. Sie braucht Haupt- und Ehrenamt und eine auskömmliche Finanzierung. Vereine, Verbände sowie nicht organisierte zivilgesellschaftliche Akteure müssen genauso in die Pflicht genommen werden wie die Politik, um den Wandel zu begleiten. Entscheidend für die Digitalisierung des Engagements ist der Transfer! Für mich bedeutet das, ein besonderes Augenmerk auf die Jugend zu legen. Junge Menschen haben Signal- und Zugkraft, um Peers für ein (digitales) Engagement zu gewinnen und können gleichzeitig den Kompetenzgewinn sicherstellen, denn gerade im Digitalen sind die Jüngeren den Älteren oft voraus.

Daher dürfen wir nicht nur die infrastrukturellen Hemmnisse betrachten, sondern auch die geänderten Bedürfnisse und Ansprüche für und an ein Engagement. Neues mit Altem verbinden, dafür gibt das Paper gute Impulse, aber nur dann, wenn sich möglichst viele die dargelegten Vorschläge zu eigen machen und die positiven Aspekte der Digitalisierung in den Vordergrund stellen. Kein anderes Feld des bürgerschaftlichen Engagements bietet so viel Potenzial, um den größten Engagementhemmern – Familien- und Arbeitszeit – den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Als Mitglied der Arbeitsgruppe für Bürgerschaftliches Engagement meiner Fraktion begrüße ich viele der angeführten Handlungsempfehlungen. Auch meine Kolleg*innen und ich arbeiten derzeit an

Vorschlägen für gute engagementpolitische Rahmenbedingungen, die oft deckungsgleich mit den Ideen des Papers sind. Auch wir möchten bürgerschaftlich Engagierte besser vernetzen. Auch wir wollen erreichen, dass gemeinnützigen Organisationen spezielle Tarifoptionen – analog zu Businessstarifen der Telefonanbieter – offenstehen. Und auch wir möchten ebenfalls einen Digitalpakt für kleinere Vereine und Organisationen auf den Weg bringen, damit das digitale Engagement möglichst vielen offen und gleichzeitig der Kompetenzerwerb im Fokus steht.

Mit der Gründung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt sind wir einen ersten richtigen Schritt gegangen, denn die Gründung adressiert ein

anderes Problem, worauf auch das Paper keine Antwort bereithält: das Föderalismusdilemma. Es ist daher gut, dass der Stiftungsrat sektorübergreifend besetzt ist. Gleichzeitig gehört die kooperative Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und Kommune insgesamt in das Zentrum politischen Handelns! Insofern unterstütze ich nicht nur mehr wirkungsvolle Bundes- und Landesprogramme, etwa zur Förderung von Medien- oder Digitalen Kompetenzen, die vom Paper wie auch vom Dritten Engagementbericht der Bundesregierung gefordert werden. Vielmehr brauchen wir ein Nationales Engagementgesetz, damit die Querschnittsaufgabe zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements endlich verlässliche Strukturen – digital und analog – bekommt.

DR. SUSANNA KAHLEFELD

STELLUNGNAHME ZUM POLICY PAPER „DIGITALE KOMPETENZ“

Geplant war das »Forum Digitalisierung und Engagement« des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) schon etliche Zeit vor der Corona-Pandemie. Projektleiter Dr. Serge Embacher war bereits im Herbst 2018 im Berliner Abgeordnetenhaus im „Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation“ zu Gast, um das Projekt vorzustellen. Digitalisierung im Engagement wäre, das ist klar, auch ohne die Kontaktbeschränkungen, die uns die Pandemie auferlegt und die derzeit viele Formen des Engagements unmöglich machen, von großer Bedeutung gewesen. Durch die Krise aber hat die Digitalisierung nun notgedrungen einen enormen Schub bekommen. Verbunden ist das mit der leibhaften Erfahrung in den Organisationen und Initiativen, was Digitalisierung kann und nicht kann. Man könnte, im Sinn des Policy Papers, sagen, dass die Digitale Kompetenz als reflektierte Haltung zu Möglichkeiten, Gefahren und Grenzen von Digitalisierung in kürzester Zeit enorm zugenommen hat.

Wenn sich jetzt Vereine fragen, ob und wie ihre Vorstandswahlen digital abgehalten werden können, wenn Beratungsangebote ins Digitale verlegt werden, sich Fragen des Datenschutzes stellen, der Wunsch nach gemeinwohlorientierten Plattformen für Nachbarschaftsarbeit laut wird, dann sind das aus der Not geborene, aber in die Zukunft weisende Erfahrungs- und Erkenntnisfortschritte, die in den kommenden Jahren politisch zu unterstützen sind.

Das »Forum Digitalisierung und Engagement« des BBE könnte das leisten. Leider habe ich darüber als Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses nicht zu entscheiden, aber ich kann den Bedarf für die Berliner Engagementlandschaft feststellen. Digitalisierung ist ein langfristiger Prozess, der nach der Corona-Krise natürlich weitergeht. Mit seiner guten Bestimmung dessen, was unter „Digitalisierung“ zu verstehen sei, bietet das Policy Paper Orientierung und Korrektur für das politische Handeln: Gemeint ist der gesamte Prozess von der Versorgung mit Anschlüssen und Hardware über das Erlernen der Programme, den Umgang mit Fragen des Datenschutzes, der Sicherheit von Wahlen, der Forderung nach Open Data und Tools zur Vernetzung bis hin zur permanenten Reflexion auf die inhärenten Gefahren von Exklusion durch Digitalisierung und die wachsende und sich immer weiter differenzierende Erkenntnis über die Grenzen dessen, was digital geleistet werden kann. Das Policy Paper formuliert dafür eine Agenda, aus der ich einige Punkte besonders hervorheben möchte:

Gemeinwohlorientierung der Digitalisierung ist nach den intensiven Erfahrungen in der Corona-Zeit mit kommerziellen Anbietern keine abstrakte, „nerdige“ Forderung mehr: Eine gemeinwohlorientierte Alternative zu nebenan.de wäre gut und wird mit SoNaTe ja auch schon gefördert. Ausdrücklich teile ich die im Papier formulierten weiteren Forderungen. Die Seite www.forum-digital-

lisierung.de ist ebenso ein Element der freien und partizipativen Zurverfügungstellung von Wissen über Digitalisierung.

Die Ressourcenfrage ist aus der Perspektive von Politik („Für was gibt es Förderung?“) zentral: Zugriff auf Ressourcen (Weiterbildung, Beratung, Coaching etc.) zur Verfügung zu stellen, aber auch bei der Vergabe von Fördermitteln die Anforderungen einer fortschreitenden Digitalisierung im Sinne des Policy Papers zu berücksichtigen, ist aus meiner Sicht Aufgabe des Bundes und Landes. Konkret heißt das: Bei projektbezogener Förderung von Engagement müssen Kosten für Digitalisierung anerkannt werden. Institutionen wie die Landesfreiwilligenagentur Berlin müssen für ihre Unterstützungsangebote im Bereich Digitalisierung für Vereine und Engagierte finanziert werden. Die Bundesstiftung könnte hier eine sinnvolle Aufgabe bekommen.

Es ist eine Unterstützung der Autonomie von Engagement, diejenigen Organisatio-

nen und Initiativen, die digitalaffiner sind oder deren Engagement im Digitalen liegt, mit denen zusammenzubringen, die Beratungs- und Unterstützungsbedarf haben. Freiwilligenagenturen und andere Netzwerkorganisationen für diese gezielte Vernetzungsarbeit zu fördern (das geht nicht mit der derzeitigen Stellenausstattung), ist eine Aufgabe von Politik.

Nicht zuletzt: Engagement bedeutet Begegnung, Kontakt, Nähe, Aufeinanderzugehen, im Raum Frage und Antwort hin und her werfen, gemeinsame Kreativität in der Gestaltung unserer Gesellschaft. Was uns Corona schmerzlich lehrt, ist, wie sehr wir das für unser Leben und das Gemeinwesen brauchen – während es vorher als „normal“ galt. Für eine reflektierte Digitalisierung heißt das: Wir wissen jetzt erst wirklich, was sie leisten kann, wie gut vieles wirklich digital funktioniert – und wo Digitalisierung zukünftig, wenn direkte Begegnung und Nähe wieder möglich sind, nur dient.

JUTTA CROLL, DR. CAROLA CROLL, MICHAEL RAEDER

EXPERTISE ZUM THEMENFELD DIGITALE KOMPETENZ IM BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENT

1 Einleitung

Die hier vorgelegte Expertise setzt sich auseinander mit dem Status quo der Kompetenzen für das digitale bürgerschaftliche Engagement, mit den Hindernissen für deren Erwerb sowie den Perspektiven für die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements in einer durch die Verbreitung und Nutzung digitaler Medien veränderten Gesellschaft. Im Folgenden wird erörtert, auf welche Kompetenzen für digitales Engagement bereits gesetzt werden darf, wie diese Kompetenzen weiterentwickelt werden können und welche Maßnahmen darüber hinaus für die Bewältigung der Digitalen Transformation durch die organisierte Bürgergesellschaft sinnvoll und notwendig erscheinen.

Dabei wird auch betrachtet, welchen Einfluss die durch die Covid-19-Pandemie bedingten Veränderungen des Alltags auf das bürgerschaftliche Engagement genommen und ob sie der Digitalisierung einen Schub gegeben haben und inwieweit davon eine nachhaltige Entwicklung zu mehr digitalem Engagement zu erwarten ist. Abschließend wird der Frage nachgegangen, ob sich künftig unter dem Begriff der Digitalen Kompetenz ein umfassenderes Verständnis von Kompetenzen für die Bewältigung des von digitalen Prozessen geprägten Alltags entwickeln kann.

2 Zum Begriff der Digitalen Kompetenz

Mit dem als Digitale Transformation bezeichneten Wandel der Gesellschaft durch die zunehmende Verbreitung von digitalen Technologien hat sich auch der Begriff der „Digitalen Kompetenz“¹ etabliert und ist neben den Begriff der Medienkompetenz getreten. Wissenschaftlich ist der Begriff der Medienkompetenz bereits länger fundiert und bleibt insbesondere in Bezug auf Bildungsprozesse im Sinne der Vermittlung von Medienkompetenz weiterhin relevant.

2.1 Medienkompetenz

Dieter Baacke (1996) hat zunächst, ausgehend vom Begriff der „Kommunikativen Kompetenzen“, den Begriff der Medienkompetenz geprägt. Er unterscheidet die folgenden vier Dimensionen der Medienkompetenz:

- Medienkritik als Fähigkeit, sich analytisch, reflexiv und ethisch mit Medien auseinanderzusetzen,
- Medienkunde als Wissen über heutige Mediensysteme und -strukturen,
- Mediennutzung als Fähigkeit zur rezeptiven und interaktiven Mediennutzung und

¹ Hermeneutisch ist die Verbindung des Adjektivs „digital“ mit dem Substantiv „Kompetenz“ irreführend, da es um Kompetenzen im Umgang mit digitalen Endgeräten und Anwendungen geht, nicht um Kompetenzen, die digital sind.

- Mediengestaltung als Fähigkeit zur innovativen und kreativen Gestaltung von Mediensystemen.

Ab den 1990er-Jahren wurde mit dem 1989 von Tim Berners-Lee am CERN-Kernforschungszentrum in der Schweiz entwickelten Quellcode des World Wide Web das Internet für jede und jeden zugänglich gemacht. In der Folge ist der Begriff der Medienkompetenz im Zuge des Diskurses um die Entstehung einer sogenannten Informationsgesellschaft weiter differenziert worden. Die Entwicklung eines weitgehend von Digitalisierung geprägten medialen Angebots hat dazu geführt, dass die von Baacke aufgestellten vier Dimensionen an Trennschärfe verlieren. So fallen Mediennutzung und Mediengestaltung im Internet häufig zusammen. Begriffe wie Mitmachinternet, Web 2.0 oder auch Prosumenten, welche die Aufhebung der Rollentrennung in Medienkonsument*innen und -produzent*innen beschreiben, knüpfen an frühen Forderungen nach einer Demokratisierung der Medien, wie sie bereits in Brechts Radiotheorie oder später Enzensbergers Theorie der Medien enthalten sind, an. Welche Voraussetzungen zur Befähigung der Mediennutzer*innen erforderlich sind und wie das Vorhandensein der benötigten Kompetenzen gemessen werden kann, ist Gegenstand verschiedener Studien und Konzepte auf nationaler sowie europäischer und internationaler Ebene.

2.2 Bewertung von Kompetenzen

In Deutschland misst der Digital-Index² der Initiative D21 seit 2013 nicht nur die Verbreitung und Nutzung des Internets, sondern auch die Fähigkeiten im Umgang mit digitalen Angeboten und „bietet ein jährliches Lagebild zum Digitalisierungsgrad der Gesellschaft in Deutschland“. Der In-

² <https://initiated21.de/publikationen/d21-digital-index-2019-2020/> (eingesehen am 9.2.2021).

dex listet die folgenden Kompetenzen und den Prozentsatz der Bevölkerung ab 14 Jahre, der nach Selbsteinschätzung über diese Kompetenzen verfügt (siehe Abb. 1).

Für Europa wird seit 2015 mit dem European Digital Competence Framework for Citizens – DigComp³ ein Rahmenplan entwickelt, der die folgenden fünf Themenfelder umfasst: Informations- und Datenkompetenz, Kommunikation und Kooperation, Entwicklung/Erstellung von digitalen Inhalten, Sicherheit und Datenschutz sowie Problemlösungen. DigComp basiert ebenfalls auf Selbsteinschätzung und ist ein Instrument, das künftig dazu dienen soll, die Kompetenzen der Bürger*innen in Europa vergleichbar zu machen.

Auf europäischer Ebene fasst zudem im Auftrag der Europäischen Kommission der Digital Economy and Society Index (DESI) die relevanten Indikatoren zur digitalen Leistungsfähigkeit Europas zusammen. Der Fokus liegt hier auf der digitalen Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten. Das schließt auch grundlegende digitale Kompetenzen der Bevölkerung mit ein.

In den vergangenen vier Jahren ist das Niveau der digitalen Kompetenzen europaweit weiter gestiegen. 58 Prozent der Bevölkerung haben mindestens grundlegende digitale Kompetenzen, 33 Prozent mehr als grundlegende digitale Kompetenzen und 61 Prozent mindestens grundlegende Softwarefähigkeiten, unter denen in der Studie vor allem solche für den Arbeitsalltag verstanden werden. Soziodemografische Aspekte sind auch auf europäischer Ebene ausschlaggebend. Laut DESI 2020 verfügen 82 Prozent der jungen Menschen, 85 Prozent der Personen mit

³ <https://ec.europa.eu/jrc/en/digcomp>, vgl. auch dt. https://www.bildungsserver.de/onlineresource.html?onlineresourcen_id=58972 (eingesehen am 9.2.2021).

ABB. 1: DIGITALE KOMPETENZEN

Quelle: Digital-Index 2019/2020, S. 29.

DIGITALE KOMPETENZEN	BEVÖLKERUNG AB 14 JAHRE
Mit dem Smartphone Fotos machen und versenden	75 %
Datenschutzeinstellungen auf dem Smartphone verwalten	58 %
Nachrichten per Smartphone versenden	76 %
Apps auf dem Smartphone installieren und Updates durchführen	66 %
Werbeanzeigen erkennen	51 %
Unterschiedliche Passwörter für unterschiedliche Dienste verwenden	57 %
Seriöse von unseriösen Nachrichten im Internet unterscheiden	53 %
Bewusstsein dafür, dass Dienste persönliche Daten weitergeben	74 %
Datensparsamkeit (Ich stelle nur wenige persönliche Daten ins Internet)	65 %
Mehrere Quellen bei der Internetrecherche nutzen	62 %
Inhalte in soziale Netzwerke einstellen	52 %
Internetrecherchen durchführen	74 %
Dateien übertragen	63 %
Office-Anwendungen nutzen	50 %
Anderen bei Computerproblemen helfen	28 %
Webanwendungen gestalten	21 %
Programmieren	13 %
Per Smartphone bezahlen	34 %

hoher formaler Bildung, 68 Prozent der Angestellten oder Selbstständigen und 87 Prozent der Studierenden über mindestens grundlegende digitale Kompetenzen. Jedoch verfügen nur 35 Prozent der 55- bis 74-Jährigen und 30 Prozent der Rentner*innen und Nichterwerbstätigen über Grundkenntnisse (Europäische Kommission 2020, S. 52) (siehe Abb. 2).

3 Kompetenzen für bürgerschaftliches Engagement in der Digitalen Transformation

Kompetenzen für bürgerschaftliches Engagement sind eine unabdingbare Voraus-

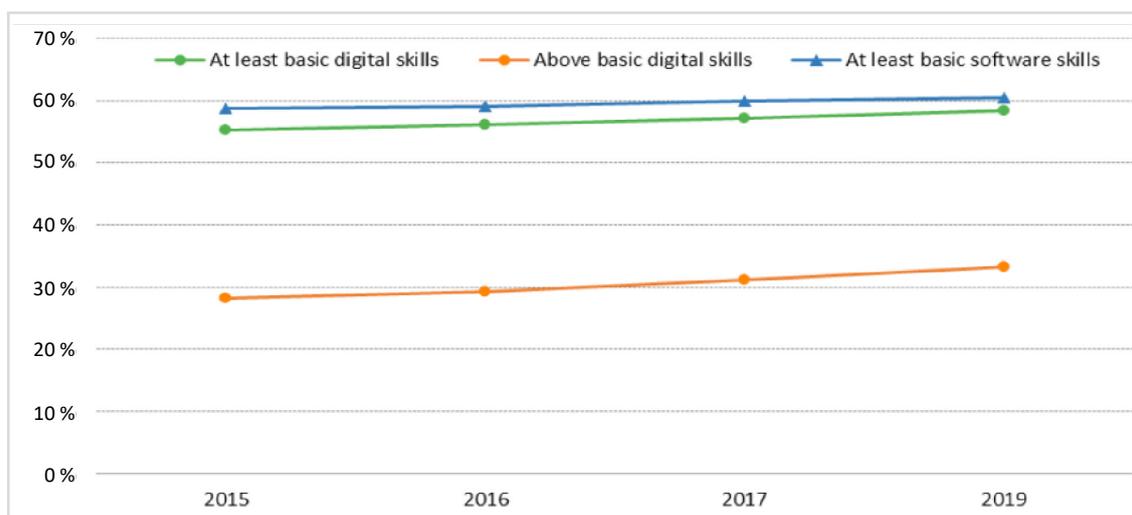
setzung der Handlungsfähigkeit der organisierten Bürgergesellschaft. Im Zuge der Digitalen Transformation erweitert und verändert sich allerdings das Portfolio der benötigten Kenntnisse und Fähigkeiten.

3.1 Digitales Mindset der Bürgergesellschaft

2016 konstatierte der 2. Engagementbericht der Bundesregierung noch: „Schließlich steht die Transformation der Lebenswelt durch die Digitalisierung scheinbar erst an ihrem Anfang“ (BMFSFJ 2017, S. 163). Im Jahr 2020 sind der Einfluss neuer Technologien und der Digitale Wandel

ABB. 2: DIGITAL SKILLS (% OF INDIVIDUALS), 2015–2019

Quelle: Europäische Kommission 2020, S. 53.



unübersehbar. Mit welcher Haltung die organisierte Bürgergesellschaft und deren Mitglieder dem gegenüberstehen, ist zu analysieren, um die notwendigen Konzepte und Strategien zu entwickeln.

Die für einen erfolgreichen Umgang mit den durch die Digitalisierung bewirkten gesellschaftlichen Veränderungen erforderliche Aufgeschlossenheit wird häufig als Digitales Mindset bezeichnet (Rasmussen 2019, S. 64, 85, 120). Dieser digitalen Denkweise steht allerdings in vielen Bereichen der organisierten Bürgergesellschaft ein analoges Selbstverständnis der eigenen Aufgabe entgegen. Gerade die klassischen Formen des bürgerschaftlichen Engagements, insbesondere solche, die die Menschen in Vereinen und Verbänden ausüben, werden von diesen vielfach als Aufgaben wahrgenommen, die des direkten persönlichen Kontakts bedürfen, wie auch ein Zitat eines Vorsitzenden eines kleinen Sportvereins im 3. Engagementbericht belegt: „Wir sind ein Sportverein, das ist analog“ (BMFSFJ 2020, S. 111).

In diesem Zusammenhang weisen die Autor*innen der Studie „Digitalisierung

braucht Zivilgesellschaft“ darauf hin, dass Digitalisierung nicht nur als technisches, sondern eben auch als soziales und kulturelles Thema zu verstehen ist. Gerade weniger digitalaffine Organisationen müssten dieses Verständnis entwickeln, um auch künftig handlungsfähig zu bleiben (Rasmussen 2019, S. 119–120). Ob und inwieweit durch die Covid-19-Pandemie perspektivisch eine veränderte Wahrnehmung in Bezug auf Digitalisierung des Engagements zu erwarten ist, wird im Fazit in Kapitel 4 betrachtet.

2019/2020 stellt der 3. Engagementbericht fest, dass von den Engagierten vor allem mangelnde zeitliche und finanzielle Ressourcen, aber auch fehlende Kompetenzen als dem Digitalen Mindset entgegenstehende Hürden genannt werden. Ein Grund dafür sei der hohe Altersdurchschnitt der Engagierten. Viele der Älteren betrachteten die Aufgabe, sich mit Social Media zu befassen, eher als „eine lästige Notwendigkeit“, ohne die „es heute vor allem bei der jüngeren Generation kaum noch [...] geht“ (Geschäftsführerin eines städtischen Sportvereins) (BMFSFJ 2020, S. 111).

Dennoch kann man feststellen, dass eine digitale Denkweise bei den Mitgliedern der organisierten Bürgergesellschaft durchaus schon vorhanden ist. Allerdings wird die Nutzung digitaler Medien vielfach nicht als Teil des eigenen gesellschaftlichen Engagements wahrgenommen (ebd., S. 74; Croll et al. 2019, S. 98). Die Zahlen des Digital-Index belegen, dass Social Media von 70 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren regelmäßig genutzt werden, 56 Prozent geben an, diese ein- oder mehrmals pro Woche zu nutzen. Insbesondere bei den Jüngeren sind sie fest in die Alltagsroutinen eingebettet. Messengerdienste, über die Nachrichten und Informationen geteilt werden, sind aber auch bei den ab 60-Jährigen ein Treiber der Internetnutzung (Digital-Index 2019/2020, S. 22; Beisch und Schäfer 2020, S. 465). Doh (2020, S. 21) weist in diesem Zusammenhang in seiner Stellungnahme zum 8. Altersbericht unter Bezugnahme auf die ARD/ZDF-Onlinestudie allerdings darauf hin, dass gerade bei älteren Menschen die Angaben zur Nutzung des Internets oftmals unzuverlässig seien, da diesen bei der Nutzung von Apps oder sonstigen Anwendungen auf dem Smartphone deren Verbindung mit dem Internet teilweise gar nicht bewusst sei. Der 3. Engagementbericht beschreibt diesen Effekt auch für die jüngere Generation:

„Fragt man nach der Nutzung konkreter Tools für das Engagement, dann wird deutlich, dass fast alle Engagierten zumindest soziale Medien nutzen und sich diese Praxis so in das alltägliche Handeln der Jugendlichen eingeschrieben hat, dass sie sie kaum als digitale Aktivität hervorheben. Für die Organisation des Engagements sind gerade die Messengerdienste nicht mehr wegzudenken, weniger genutzt werden dagegen spezielle Tools für die Organisation von Engagement“ (BMFSFJ 2020, S. 73).

Die ARD/ZDF-Onlinestudie 2020, deren Erhebungszeitraum im März 2020 in die Phase des ersten Covid-19-bedingten Lockdowns fiel, konnte mittels kurzfristig ergänzter, spezifisch darauf bezogener Zusatzfragen einen sogenannten Corona-Effekt feststellen. Dieser betrifft insbesondere eine starke Zunahme der Internetnutzung in der Altersgruppe der ab 70-Jährigen und hier vor allem die Nutzung des Messengers WhatsApp für die private Kommunikation (Beisch und Schäfer 2020, S. 465). Die neue Nutzergruppe, so die Autorinnen, „erschließt sich das Internet jedoch augenscheinlich zögerlich: Die Nutzungsszenarien sind vielfältig und die Nutzung regelmäßiger als noch in den Jahren zuvor, aber nicht täglich“ (ebd., S. 480).

Die von Älteren vor allem im privaten Kontext verorteten Aktivitäten in und mittels Social Media dienen dort durchaus auch der Alltagsorganisation. Aber der daraus resultierende Nutzwert wird von ihnen derzeit kaum in die Strukturen des ehrenamtlichen Engagements übertragen. Während der 3. Engagementbericht für jüngere Engagierte konstatiert, dass „sich jenseits traditioneller Beteiligung eine Kultur des alltäglichen digitalen Engagements [formiert]“ (BMFSFJ 2020, S. 139), gilt dies in den bestehenden Organisationsstrukturen des Engagements noch nicht in gleichem Maße.

Um die digitale Denkweise in der Bürgergesellschaft zu etablieren, ist daher eine die Basis miteinbeziehende oder von dieser ausgehende Organisationsentwicklung unter Berücksichtigung aller Aspekte der Digitalisierung notwendig. Jähnert (zitiert bei Rasmussen 2019, S. 89–90) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass man „Digitalisierung, soziale Innovation und insbesondere das dafür notwendige Mindset nicht einfach verordnen [kann]“. Vielmehr müsse es für die Organisatio-

nen der Zivilgesellschaft darum gehen, die Rahmenbedingungen für die Entstehung des Digitalen Mindsets zu gestalten.

3.2 Kompetenzen der Mitglieder der organisierten Bürgergesellschaft

Im folgenden Abschnitt wird der Frage nachgegangen, welche Kompetenzen bei den Mitgliedern der organisierten Bürgergesellschaft vorausgesetzt werden können und welche der Entwicklung bedürfen.

Digitale Kompetenzen sind nach wie vor in der Bevölkerung ungleichmäßig verteilt (Gilroy 2020, S. 7). 14 Prozent der deutschen Bevölkerung nutzen das Internet nicht (sogenannte Offliner), deren Durchschnittsalter beträgt 71 Jahre. 71 Prozent von ihnen haben einen Haupt- oder Volksschulabschluss, 67 Prozent sind Frauen. Bei den 86 Prozent der Bevölkerung, die das Internet nutzen, liegen diejenigen mit niedrigem Bildungsabschluss bei allen in Kapitel 2.2 genannten Kompetenzen signifikant (rund 20 bis 25 Prozent) unter dem Bevölkerungsdurchschnitt (Digital-Index 2019/2020, S. 19, 27–29).

Dabei verläuft die Digitale Spaltung entlang der sozialen Spaltung der Gesellschaft. In allen Altersgruppen nutzen Menschen mit niedriger Bildung (64 Prozent) das Internet in geringerem Umfang als Menschen mit mittlerer Bildung (92 Prozent) und Höhergebildete (97 Prozent). Auch die mobile Internetnutzung ist entsprechend ungleichmäßig verteilt (niedrige Bildung 53 Prozent, mittlere Bildung 79 Prozent, hohe Bildung 86 Prozent, ebd., S. 14–16).

„Bei Personen mit formal niedriger Bildung sind sämtliche Kompetenzen am wenigsten vorhanden. So ist beispielsweise für die Hälfte der formal niedrig Gebildeten eine normale Internetrecherche (unter der Ver-

wendung mehrerer Quellen) oder das Versenden von Nachrichten mit dem Smartphone keine Selbstverständlichkeit. Auch bei Datenübertragung, Office-Anwendungen, dem Erkennen von Fake News oder dem kompetenten Umgang mit Datenschutzeinstellungen von Apps ist der Unterschied zwischen den Kompetenzniveaus der niedrig Gebildeten einerseits und der Jungen oder Berufstätigen andererseits besonders groß“ (ebd., S. 28).

Frauen (82 Prozent) nutzen das Internet am PC oder Laptop in geringerem Umfang als Männer (90 Prozent); der gleiche Abstand von 7 bis 8 Prozent gilt für die mobile Nutzung: 71 Prozent Frauen, 78 Prozent Männer. Berufstätige (96 Prozent) nutzen deutlich häufiger als Nichtberufstätige (71 Prozent). Ein noch größerer Abstand besteht bei der mobilen Nutzung: 88 Prozent Berufstätige, 55 Prozent Nichtberufstätige. In allen fünf ostdeutschen Bundesländern (außer Berlin) liegt die Internetnutzung (77 bis 81 Prozent) unter der in den westdeutschen Bundesländern (85 bis 90 Prozent). Insbesondere alte und hochaltrige Menschen ab 70 Jahre sind häufig digital Außenstehende: Nur 52 Prozent dieser Altersgruppe(n) nutzen das Internet am PC oder Laptop, nur 32 Prozent nutzen mobil (ebd., S. 14–16).

Neben dem Digital-Index belegen weitere Studien, dass ältere Menschen in geringerem Maße über die erforderlichen Kompetenzen verfügen als jüngere. Insbesondere die vom Statistischen Amt der Europäischen Union erhobenen Daten belegen für ganz Europa ein signifikant niedrigeres Kompetenzniveau Älterer sowie deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern in nahezu allen Ländern (Doh 2020, S. 56–60). Aber auch unter den Jüngeren schätzt ein nennenswerter Teil von rund 25 Prozent die eigenen Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien als niedrig

ein; hier besteht ein leichtes Bildungsgefälle (BMFSFJ 2020, S. 69). Trotz der insgesamt bei den Jüngeren in höherem Maße vorhandenen Fähigkeiten ist zu konstatieren, dass nicht alle jüngeren Menschen in ausreichendem Maße die für das digitale Engagement benötigten Kompetenzen und das erforderliche Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten mitbringen.

Das geringere Vorhandensein von Kompetenzen bei Älteren liegt vor allem an mangelnden Erfahrungsmöglichkeiten. Daraus resultieren eine geringere Selbstwirksamkeitserfahrung und in der Folge auch eine geringere Motivation, sich mit den Möglichkeiten der Digitalisierung für das persönliche ehrenamtliche Engagement auseinanderzusetzen (Kubicek und Lippa 2017; Doh 2020, S. 17).

Im Hinblick auf das bürgerschaftliche Engagement sind nicht alle der durch den Digital-Index erhobenen Kompetenzen gleichermaßen wichtig. Der 3. Engagementbericht der Bundesregierung hebt vor allem die Bedeutung der Nutzung von Social-Media-Plattformen für digitales Engagement hervor (BMFSFJ 2020, S. 16, 62, 76–81) sowie die Entwicklung und den Einsatz von sogenannten Civic-Tech-Anwendungen, das heißt von Technologien, die zur Information, zum Engagement und zum Austausch von Bürger*innen untereinander, mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oder mit der Regierung auf kommunaler ebenso wie auf nationaler oder internationaler Ebene genutzt werden (ebd., S. 82–84). Erstere setzen Kompetenzen voraus, die laut Digital-Index bei der Hälfte bis drei Viertel der Bevölkerung vorhanden sind. Die für die Nutzung von Civic-Tech-Anwendungen erforderlichen Kompetenzen hingegen werden von deutlich weniger Menschen beherrscht (Europäische Kommission 2020, S. 53).

„Digitales Engagement beschränkt sich“, so der 3. Engagementbericht, „nicht auf die Nutzung digitaler Infrastrukturen. Es betrifft ebenso die Gestaltung des Digitalen, die Arbeit an der digitalen Technik selbst sowie deren kreative Neu- und Umnutzung“ (BMFSFJ 2020, S. 82). Im Hinblick auf die für bürgerschaftliches Engagement unter den Vorzeichen der Digitalisierung benötigten Kompetenzen erscheint es daher sinnvoll, eine Differenzierung nach Basiskompetenzen vorzunehmen, wie sie zum Beispiel der Digital-Index erfasst, und nach Metakompetenzen, die stärker am Kontext der zu bewältigenden Aufgaben orientiert sind. Dazu zählen nach einer vorläufigen Bestandsaufnahme im Rahmen der hier vorgelegten Expertise unter anderem die folgenden Fähigkeiten:

- Kompetenz der Beurteilung einer Eignung von digitalen Tools für die jeweilige Aufgabe,
- Kompetenz der Entscheidung, welche der bisher genutzten analogen Instrumente durch geeignete digitale Tools ersetzt werden können unter Abwägung von Effizienz- und Nachhaltigkeitsaspekten des möglichen Wechsels,
- Kompetenz, online bereitgestellte Inhalte kritisch-analytisch zu bewerten,
- Kompetenz, Risiken (zum Beispiel im Bereich Datenschutz, Bild- oder Urheberrecht) in Bezug auf das Engagement und die Organisation zu bewerten,
- Kompetenz, das eigene Wissen an andere weiterzuvermitteln,
- Kompetenz, Engagementaufgaben im Analogen oder Digitalen oder in beiden Bereichen parallel zu verorten,
- Kompetenz, die Organisation im Zuge der Digitalisierung weiterzuentwickeln,
- Kompetenz, Organisationsstrukturen des Engagements an die Erfordernisse der Digitalisierung anzupassen (zum Beispiel Abstimmungs- und Freigabeprozesse).

Künftige digitale Anwendungen und Innovationen im Bereich digitaler Medien werden die Definition neuer Metakompetenzen und die Fortschreibung erforderlich machen.

3.3 Bildungsangebote für die Bürgergesellschaft

Zivilgesellschaftliches Engagement bedarf in vielen Bereichen ausdrücklich der Qualifizierung für die jeweilige Aufgabe. Der 2. Engagementbericht stellt im Jahr 2016 fest:

„Viele Freiwillige benötigen ganz konkrete Kenntnisse und Fähigkeiten für ihre ehrenamtliche Arbeit: 23 Prozent der Engagierten können ihre Tätigkeiten nur aufgrund bestimmter Ausbildungen ausüben. Besonders häufig betrifft das Aktive bei der freiwilligen Feuerwehr, im politischen Bereich, in der beruflichen Interessenvertretung oder im Bereich der Justiz“ (BMFSFJ 2017, S. 203).

Bisher ist die Übertragung dieser Erkenntnis auf den Bereich der Digitalisierung noch nicht umfassend erfolgt. Vielfach fehlt das Bewusstsein dafür, dass auch für Kompetenzen, die im Umgang mit den durch die Digitalisierung eröffneten Möglichkeiten benötigt werden, entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich sind und genutzt werden müssen.

Nicht nur im zivilgesellschaftlichen Engagement, sondern auch im beruflichen Umfeld erfolgt der Kompetenzerwerb noch immer häufig mittels informeller Lernprozesse. Das Kapitel Wissensaneignung rund um Themen der Digitalisierung des Digital-Index belegt, dass digitale Kompetenzen nach wie vor überwiegend autodidaktisch, durch informelles Lernen und Learning by Doing (76 Prozent) erworben werden. Dies gilt insbesondere für die Altersgruppen ab

50 Jahre und für Frauen. Formale Lernangebote spielen mit nur 22 Prozent eine deutlich geringere Rolle (ebd., S. 26). Angesichts der in der Bevölkerung nur bedingt entwickelten und verbreiteten Kompetenzen für digitales Engagement stellt sich die Frage, ob überhaupt und – wenn ja – welche Bildungsangebote für den Aufbau der Kompetenzen bei den Mitgliedern der Bürgergesellschaft vorhanden sind und welche Gründe für oder auch gegen die Nutzung derartiger Angebote sprechen.

Die ZiviZ-Studie „Fähigkeiten für die digitale Welt“ attestiert der Bevölkerung in Deutschland eine hohe Innovationsbereitschaft:

„Und ihre Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem ist nicht auf Technik beschränkt. Fast die Hälfte der Bevölkerung ist offen, etwas ganz Neues zu beginnen und zwei Drittel glauben, das ist auch in Zukunft wichtig“ (Gilroy 2020, S. 18).

Dennoch steht vor der Bereitschaft zur Qualifizierung zunächst eine Nutzenabwägung in Bezug auf digitale Medien. Ältere geben deutlich häufiger als Jüngere an, den Nutzen des Internets nicht zu (er)kennen. Von 14 Prozent Offlinern nennen 78 Prozent mangelndes Interesse am Internet als Grund für die Nichtnutzung. Als mögliche Motivationen zur Nutzung werden genannt: Erkennen eines klaren Nutzens (25 Prozent), Einführung in die Funktionsweise des Internets (17 Prozent), einfachere Nutzung des Internets (17 Prozent) (Deutsche UNESCO-Kommission, bisher unveröffentlicht, S. 99; Digital-Index 2019/2020, S. 19).

Vielfach stehen aber auch die Selbstwahrnehmung und Annahme eigener Professionalität der Bereitschaft für einen formalisierten Kompetenzerwerb entgegen. Auf Geschlechterunterschiede in Bezug auf die Selbsteinschätzung von Kompetenzen im

Umgang mit digitalen Medien weist Doh (2020, S. 57) hin. Nach seinen Erkenntnissen liegt diese bei Männern in der Regel deutlich über der von Frauen. Während Männer Weiterbildungsangebote im beruflichen Kontext in höherem Maße in Anspruch nehmen als Frauen (BMBF 2019, S. 32), scheint dies für die eher non-formalen oder auch informellen Formen des Kompetenzerwerbs für den Umgang mit digitalen Medien nicht in gleichem Maße zu gelten.

Die Autor*innen der Studie „Digitalisierung braucht Zivilgesellschaft“ beschreiben es als „Herausforderung, den schwer erreichbaren Zielgruppen ein niedrigschwelliges Angebot zu machen“ (Rasmussen 2019, S. 27), Vorbehalte gegenüber der Technik stünden der Bereitschaft zur Qualifizierung entgegen. Krimmer et al. (2020, S. 8–9) konstatieren in der Studie „Die Lage des freiwilligen Engagements in der ersten Phase der Corona-Krise“ einen vorrangigen Bedarf an einfachen Beratungs- und Informationsangeboten für zivilgesellschaftliche Organisationen, zum Beispiel Listen der für die digitalen Aktivitäten geeigneten Tools und Instrumente. Gleichzeitig werden in beiden Studien die Notwendigkeit von Kompetenzen für anspruchsvolle Anwendungen und die Weiterentwicklung der Organisationen betont. Dies knüpft an die in Kapitel 3.2 vorgeschlagene Unterscheidung von Basis- und Metakompetenzen an, die sich allerdings bisher in Qualifizierungsangeboten nur bedingt widerspiegelt.

Angebote zum Kompetenzerwerb erscheinen als eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für digitales gesellschaftliches Engagement. So sind von breit angelegten Qualifizierungskampagnen erst dann nachhaltige Effekte auf das Online-Engagement zu erwarten, wenn die in Kapitel 3.1 beschriebene aufgeschlossene Haltung gegenüber der Digitalen Transformation etabliert werden kann und der

Nutzen des Einsatzes digitaler Medien für das Engagement von den Mitgliedern der Bürgergesellschaft erkannt worden ist.

3.4 Bürgerschaftliches Engagement in der Digitalen Transformation

Der 2. Engagementbericht stellt 2016 fest, das klassische Ehrenamt werde nach wie vor in erster Linie wohnortbezogen, typischerweise im Sport- oder Musikverein, in der Kirchengemeinde oder dem Ortsverein ausgeübt und entspreche damit „einer Lebensweise, die durch die örtliche Lebenswelt, Nachbarschaft und lokale Gemeinschaften geprägt ist“ (BMFSFJ 2017, S. 161). Die Nutzung sozialer Medien und der bewusste Einsatz werden allerdings als Möglichkeit erachtet, soziale Interaktion zu fördern und den Zugang zu und die Teilnahme an vielfältigen Engagementformen zu erleichtern. Diese positiven Auswirkungen der Digitalen Transformation auf das bürgerschaftliche Engagement sind in den vergangenen fünf Jahren deutlich zutage getreten. Es ist zu erwarten, dass durch den erfolgreichen Aufbau der benötigten Kompetenzen weitere positive Effekte eintreten.

Durch Digitalisierung kann die konstatierte Wohnortbezogenheit des klassischen Engagements aufgebrochen werden. Derzeit bestehen deutliche Stadt-/Land-Unterschiede hinsichtlich der Nutzung digitaler Medien für gesellschaftliches Engagement. Laut dem 3. Engagementbericht ist der Anteil der Jugendlichen, die angeben, ihr Engagement überwiegend oder vollständig über digitale Medien auszuüben, in kleineren Gemeinden (34,7 Prozent) oder Kleinstädten (36,7 Prozent) deutlich größer als in mittelgroßen (21,8 Prozent) oder Großstädten (27,2 Prozent). Als Gründe für die Verlagerung des Engagements von jüngeren Menschen im ländlichen Raum hin zu digitalen Engagementformen werden

geringe zeitliche Ressourcen durch lange Fahrzeiten zur Schule und Ganztagsunterricht, aber auch die Dominanz älterer Engagierter in den lokalen Vereinen und Initiativen genannt (BMFSFJ 2020, S. 70).

Die stärkere Fokussierung junger Menschen auf den digitalen Raum ist also auch in den geringeren Möglichkeiten, sich vor Ort im ländlichen Raum zu engagieren, begründet. Onlinebasierten Engagementformen wird eine Ersatzfunktion zugesprochen, die den Jugendlichen „ein für ihre thematischen Interessen sowie zeitlichen und sozialen Ressourcen passgenaueres Engagement ermöglicht“ (ebd., S. 74). Dort, wo lokales Engagement weiterhin möglich ist, kommt es aber nicht zu einer Substitution, sondern vielmehr scheinen sich digitales und lokales Engagement der jungen Menschen gegenseitig zu verstärken.

Möglichkeiten, sich vor Ort die für das digitale Engagement benötigten Kompetenzen anzueignen, sind laut der Studie „Digitalisierung braucht Zivilgesellschaft“ im ländlichen Raum erkennbar weniger vorhanden. Gerade von Angeboten für Austausch, Information und Diskurs sei der ländliche Raum abgeschnitten (Rasmussen 2019, S. 56). Digitalisierung hat das Potenzial, derartige infrastrukturell bedingte Nachteile im ländlichen Raum zu kompensieren, Engagementmöglichkeiten zu eröffnen und gleichzeitig ortsunabhängige Angebote der Qualifizierung für dieses Engagement bereitzustellen.

Der auf „junges Engagement im digitalen Zeitalter“ fokussierende 3. Engagementbericht der Bundesregierung stellt fest:

„Digitale Medien stellen gerade vor dem Hintergrund politischer Beteiligung und demokratischer Grundwerte, aber auch im Hinblick auf ihre gestiegene Komplexität einen Anforderungsraum dar, der Ju-

gendlichen unterschiedliche Fähigkeiten abverlangt. Nicht nur das technische Beherrschen als Voraussetzung für den Zugang ist dabei relevant, sondern auch eine kritisch-reflexive Auseinandersetzung mit den dargebotenen Inhalten erweist sich immer mehr als Notwendigkeit, um sich nicht im Dickicht der Informationen zu verirren“ (BMFSFJ 2020, S. 65).

Dies gilt jedoch nicht nur für jüngere Menschen, sondern generell für alle Mitglieder der organisierten Bürgergesellschaft. Damit die dem sozialen und gesellschaftlichen Engagement zugeschriebene Demokratie fördernde Wirkung (BMFSFJ 2017, S. 6–7) auch im Zuge der Digitalen Transformation erhalten bleibt, muss die Qualifizierung für den individuellen und organisationellen Umgang mit digitalen Medien – wie in Kapitel 3.3 ausgeführt – nachhaltig in den Organisationen der Zivilgesellschaft verankert sein.

Mit der Studie „#engagiert: Was zivilgesellschaftliches Engagement im Netz für die Demokratie bewirkt“ konnte die Stiftung Digitale Chancen anhand einer Analyse der zum Smart Hero Award 2014 bis 2017 eingereichten Beiträge belegen, dass die Demokratie fördernde Wirkung des Engagements auch dann eintritt, wenn dieses Engagement mit und durch Social Media ausgeübt wird. Die verschiedenen Formen der Verbindung von Online- und Offline-Engagement entfalten dabei gleichermaßen gesellschaftspolitische Wirkung. Durch die Nutzung von Social Media – zum Beispiel um Aufmerksamkeit auf ein bestimmtes Thema oder Anliegen zu lenken, einen Dialog zu dem Thema zu initiieren und zu moderieren sowie kurz- bzw. langfristig zu einem Engagement zu motivieren – können die positiven Effekte des zivilgesellschaftlichen Engagements verstärkt werden und so eine größere Reichweite erzielen (ebd., S. 9–10, 98).

4 Fazit

Organisierte Engagementstrukturen wie Vereine und Verbände bieten ebenso wie spontan aufgesetzte Projekte und Initiativen Menschen die Gelegenheit für kurzfristiges und dauerhaftes Engagement auf dem jeweils individuell passenden Level für eine Vielzahl unterschiedlicher Themen und Interessensgebiete. Voraussetzung dafür sind das Vorhandensein und der Erwerb von Kompetenzen für die jeweilige Aufgabenstellung. Im Zuge der Digitalen Transformation sind Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien auch für bürgerschaftliches Engagement unerlässlich. Denn durch den geschickten und strategischen Einsatz von Social Media können Einzelpersonen wie Organisationen ihr Engagement gleichsam in den digitalen Raum hinein entfalten und so eine hohe soziale Wirkung erzielen.

Zugleich bieten digitale Medien auch eine Plattform für den Erwerb dieser Kompetenzen. Dies hat sich insbesondere vor dem Hintergrund der pandemiebedingten Einschränkungen physischer Kontakte gezeigt. Eine Auswertung der Einreichungen zum Smart Hero Award 2020 belegt, dass die Social-Media-Nutzung seit Beginn der Pandemie nicht nur zu privaten Zwecken, sondern auch zur Ausübung von Engagement zugezogen hat. Die untersuchten Projekte, Initiativen und Organisationen nutzen Social Media kreativ und auf innovative Weise, um ihr Engagement weiterhin ausüben und ihre Aufgabenstellung voranbringen zu können. Viele haben es sich zum Ziel gesetzt, ihr Engagement nachhaltig auszuüben. Sie entwickeln Ansätze und Lösungen für die Zukunft ebenso wie Möglichkeiten zur direkten und unmittelbaren Hilfe.

„Menschen, die sich (zivil-)gesellschaftlich engagieren, finden also Mittel und Wege, um dies trotz erschwelter Bedingungen

auch in Krisensituationen zu tun. Das Internet und insbesondere Social Media tragen hierzu einen erheblichen Teil bei, indem sie neue Möglichkeiten und Chancen eröffnen, Engagement akut und auch längerfristig zu organisieren und auszuüben“ (Croll 2020, S. 365).

Der Begriff „Digitalisierungsschub“ liefert bei einer Google-Suche im Herbst 2020 rund 182.000 Ergebnisse. Möglicherweise beruht das Beschwören eines durch die Pandemie ausgelösten Schubs auf dem Wunsch, dieser Krise etwas Positives abzugewinnen. Polemisch könnte man meinen, der Schub habe die Gesellschaft an den Rand der Klippe geschubst, von wo aus man nun in den Abgrund der Digitalen Spaltung sieht.

Ganz so negativ ist das Bild allerdings nicht, denn seit Beginn der Maßnahmen und Programme zur Förderung der Internetnutzung und Medienkompetenz vor rund zwanzig Jahren ist die Gesellschaft ein gutes Stück vorangekommen. Aber es bestehen nach wie vor große Unterschiede innerhalb der Bevölkerung. Die Gefahr, dass diese sich tradieren und somit immer schwerer zu überwinden sind, ist nicht von der Hand zu weisen. Der 3. Engagementbericht stellt fest: Bei „der Verflechtung von Digitalem und Engagement zeigt sich, dass Jugendliche aus niedrigeren Bildungswegen sich weniger zutrauen, die Möglichkeiten von digitalen Medien für das Engagement zu nutzen, und mutmaßlich auch weniger Chancen erhalten, durch gezielte Ansprache (etwa in der Schule) begeistert zu werden“ (BMFSFJ 2020, S. 135). Derartige zielgruppenspezifische Ansprachen und niedrigschwellige Angebote zum Kompetenzerwerb werden daher auch in Zukunft notwendig sein.

Die technische Bedienung von digitalen Endgeräten ist durch Smartphones und

Tablets deutlich einfacher geworden, aber die Vielfalt und die Komplexität der verfügbaren Angebote, Plattformen und Dienste sowie die Einordnung und Bewertung der darüber verfügbaren Inhalte stellen eine hohe Herausforderung dar, auch für diejenigen, die über die eingangs genannten Basiskompetenzen verfügen. Gleichzeitig erfordert die hohe Innovationsgeschwindigkeit ein ständiges Schritthalten mit den Entwicklungen, um sich die Chancen der Digitalisierung im persönlichen und beruflichen Umfeld ebenso wie für das eigene Engagement zunutze zu machen.

Wie in allen Lebensbereichen wird auch im bürgerschaftlichen Engagement die Digitalisierung weiter voranschreiten. Bisher analoge Prozesse werden durch digitale Anwendungen ersetzt oder ergänzt werden. Die Autor*innen der Studie „Digitalisierung braucht Zivilgesellschaft“ beschreiben dies so:

„Der digitale Wandel erzeugt einen erheblichen Veränderungsdruck bei Abläufen, Strukturen und inhaltlichen Angeboten. Dies wird eine Daueraufgabe bleiben, weil die Digitalisierung stetig Neues entstehen lässt, auf das es zu reagieren gilt“ (Rasmussen 2019, S. 5).

Die hier aufgezeigte Entwicklung wird besonders deutlich unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie. Hier besteht die Notwendigkeit, aufgrund der Einschränkungen von physischen Kontakten digitale Instrumente – zum Beispiel für bisher analog praktizierte Vorgänge wie Mitgliederversammlungen und -entscheidungen oder Wahlen – einzusetzen. Entsprechende Tools (zum Beispiel <https://tedme.com> oder <https://democraciaos.org/en/>) sind bereits vorhanden oder werden im Bereich Civic Tech (weiter-)entwickelt und künftig ressourcenschonend stärker eingesetzt werden. Zugleich geht mit der Ent-

wicklung von Civic-Tech-Instrumenten in gewissem Rahmen auch eine Befähigung zivilgesellschaftlich engagierter Menschen einher (BMFSFJ 2020, S. 41, 82–83).

Mit digitalen Lösungen, wie sie etwa Fraunhofer IESE mit der Plattform <https://www.digitale-doerfer.de> anbietet, lässt sich der kommunikative Austausch in ländlichen Räumen über bereits bestehende Formen der Interaktion hinaus durch digitale Dienste erweitern. Die Plattform stellt dazu Dienste bereit, die die Kommunikation von Bürger*innen untereinander fördern (zum Beispiel DorfFunk). Zudem ermöglichen Module wie die LösBar die Intensivierung des Austauschs zwischen der Bevölkerung und der lokalen Verwaltung. Schließlich können Informationen aus verschiedenen Quellen – wie beispielsweise Verwaltung und Zivilgesellschaft – lokal bzw. regional gebündelt und im DorfFunk zentral bereitgestellt werden.

Der Prozess der Digitalen Transformation der Gesellschaft befindet sich derzeit in einer akuten und durch die Pandemie beschleunigten Phase. Perspektivisch wird er weiter andauern und damit auch einen dauerhaften Erwerb immer neuer Kompetenzen erforderlich machen. Die Unterscheidung zwischen analogem und digitalem Engagement ist nach unserer Einschätzung nur in dieser akuten Phase der Digitalen Transformation der Gesellschaft von Bedeutung. Auch der 3. Engagementbericht der Bundesregierung konstatiert, dass Jugendliche heute nicht mehr zwischen On- und Offline-Leben trennen: Die „analoge und digitale Welt sind für sie nicht mehr zwei verschiedene Erfahrungsräume, sondern verschmelzen auf vielfältige und dynamische Weise zu hybriden Räumen“ (ebd., S. 135). Die Nutzung digitaler Instrumente wird daher künftig ein selbstverständlicher Bestandteil des Engagementportfolios von Einzelpersonen und Organisationen sein.

Die organisierte Bürgergesellschaft ist der Digitalen Transformation nicht ausgeliefert. Im Gegenteil, sie kann und muss den Wandel mitgestalten und das Digitale für die eigentlichen Zwecke ihres zivilgesellschaftlichen Engagements nutzbar machen. Dies wird aber nur gelingen, wenn die erforderlichen Basis- und Metakompetenzen wie zuvor beschrieben entwickelt werden und das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer fortwährenden Weiterqualifizierung dauerhaft in den Organisationen verankert ist.

Als Gradmesser des Vorhandenseins der erforderlichen Kompetenzen und der Fähigkeit zur Bewältigung der Digitalen Transformation kann nach unserer Einschätzung die Digitalität zivilgesellschaftlicher Organisationen gelten. Der Begriff der Digitalität wurde geprägt vor einem geisteswissenschaftlichen Hintergrund basierend auf Arbeiten von Manuel Castells (2017, S. XXII) zu einer von ihm als Netzwerkgesellschaft bezeichneten neuen sozialen Struktur: Digitalität bezeichnet eine neue Form der Verschränkung von analog und digital, wie sie zuvor bereits für Teilbereiche des bürgerschaftlichen Engagements festgestellt wurde. Während Digitalisierung und Digitale Transformation den Prozess der Veränderung der Gesellschaft beschreiben (Stalder 2017), basiert Digitalität auf einem über den technischen Prozess hinausgehenden Verständnis der gesellschaftlichen Veränderungen. In diesem Sinne erfordert Digitalität eine Erweiterung des Wissens- und Methodenrepertoires der organisierten Bürgergesellschaft und eine Haltung beständiger Offenheit, Neugier und Innovationsfreude bei ihren Mitgliedern.

Laut 3. Engagementbericht ist „neben einer öffentlichen Förderung des Engagementsektors [...] hier auch der Ge-

staltungswille der zivilgesellschaftlichen Akteure selbst gefragt. Diese sollten die Digitalisierung als neuen strategischen Möglichkeitsraum begreifen, um über das eigene Engagement hinaus auch die Zukunft der digitalen Zivilgesellschaft mitzugestalten“ (BMFSFJ 2020, S. 151).

Quellen

- Baacke, Dieter 1996: Medienkompetenz – Begrifflichkeit und sozialer Wandel. In: von Rein, Antje (Hg.): Medienkompetenz als Schlüsselbegriff. Bad Heilbrunn, S. 112–124.
- Beisch, Nathalie/Schäfer, Carmen 2020: Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2020. Internetnutzung mit großer Dynamik: Medien, Kommunikation, Social Media. In: Media Perspektiven, 9/2020, S. 462–481. Online: https://www.ard-zdf-onlinestudie.de/files/2020/0920_Beisch_Schaefer.pdf (eingesehen am 19.1.2021).
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2019: Weiterbildungsverhalten in Deutschland 2018. Ergebnisse des Adult Education Survey – AES-Trendbericht.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2017: Zweiter Engagementbericht 2016 – Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung. Berlin. Online: <https://www.bmfsfj.de/blob/115624/d6da5ce2163c59600f48a7a5d360a3b2/2-engagementberichtund-stellungnahme-br-data.pdf> (eingesehen am 19.1.2021).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2020: Dritter Engagementbericht 2020 – Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter. Berlin. Online: <https://www.bmfsfj.de/blob/156652/164912b832c17bb6895a31d5b574ae1d/dritteren-engagementbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf> (eingesehen am 19.1.2021).

- Castells, Manuel 2017: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Das Informationszeitalter. Wirtschaft. Gesellschaft. Kultur, Bd. 1 (2. Aufl.). Wiesbaden.
- Croll, Carola 2020: Engagement im Netz trotz(t) Corona. In: Voluntaris, Jg. 8, 2/2020, S. 352–366.
- Croll, Carola/Croll, Jutta/Gelhaus, Katharina/Peters, Stephan/Raeder, Michael 2019: #engagiert: Was zivilgesellschaftliches Engagement im Netz für die Demokratie bewirkt. Leipzig.
- D21-Digital-Index 2019/2020: Wie digital ist Deutschland? Eine Studie der Initiative D21, durchgeführt von Kantar, hg. v. Initiative D21 e. V. Berlin. Online: https://initiated21.de/app/uploads/2020/02/d21_index2019_2020.pdf (eingesehen am 19.1.2021).
- Deutsche UNESCO-Kommission Internet Universality Indicators: bisher unveröffentlicht. Online künftig unter: <https://wiegehtsdeminternet.de/> (eingesehen am 19.1.2021).
- Doh, Michael 2020: Auswertung von empirischen Studien zur Nutzung von Internet, digitalen Medien und Informations- und Kommunikations-Technologien bei älteren Menschen. Expertise zum Achten Altersbericht der Bundesregierung, hg. v. Hagen, Christine/Endter, Cordula/Berner, Frank. Berlin.
- Europäische Kommission 2020: The Digital Economy and Society Index (DESI) 2020. Online: <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/human-capital-and-digital-skills> (eingesehen am 19.1.2021).
- Gilroy, Patrick 2020: Fähigkeiten für die digitale Welt – Engagement als Chance, hg. v. ZiviZ im Stifterverband. Berlin. Online: <https://www.stifterverband.org/medien/faehigkeiten-fuer-die-digitale-welt> (eingesehen am 19.1.2021).
- Krimmer, Holger/Bork, Magdalena/Markowski, Lydia/Gorke, Johanna 2020: Lokal kreativ, finanziell unter Druck, digital herausgefordert – Die Lage des freiwilligen Engagements in der ersten Phase der Corona-Krise, hg. v. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Berlin. Online: https://www.ziviz.de/medien/freiwilliges_engagement_corona-krise (eingesehen am 19.1.2021).
- Kubicek, Herbert/Lippa, Barbara 2017: Nutzung und Nutzen des Internets im Alter. Empirische Befunde zur Alterslücke und Empfehlungen für eine responsive Digitalisierungspolitik. Berlin.
- Rasmussen, Wiebke 2019: Digitalisierung braucht Zivilgesellschaft, hg. v. Robert Bosch Stiftung/Bertelsmann Stiftung/Stiftung Neue Verantwortung/PHINEO. Berlin. Online: <https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/digitalisierung-braucht-zivilgesellschaft> (eingesehen am 11.2.2021).
- Stalder, Felix 2017: Kultur der Digitalität. Berlin sowie Vortrag 2nd Salon Digital. Online: <https://av.tib.eu/media/31474> (eingesehen am 19.1.2021).
- Stalder, Felix 2019: Was ist Digitalität? notes & nodes, Blog. Online: <http://felix.openflows.com/node/531> (eingesehen am 19.1.2021).

AUTOR*INNEN

Ulrike Bahr ist Bundestagsabgeordnete und seit über dreißig Jahren politisch aktiv. Anfang der 1980er-Jahre kämpfte sie in ihrem Heimatort Wemding bei Nördlingen erfolgreich für ein Jugendhaus. 1986 trat sie in die SPD ein, gründete während ihres Pädagogikstudiums in Augsburg die GEW-Hochschulgruppe. Seit Oktober 2013 gehört Ulrike Bahr dem Deutschen Bundestag an und ist seitdem Mitglied im Unterausschuss für Bürgerschaftliches Engagement und im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2019 wurde sie zudem Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.
✉ ulrike.bahr@bundestag.de

Dr. Carola Croll arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Stiftung Digitale Chancen. Ihre Themenschwerpunkte liegen in den Bereichen Digitales Engagement, Social Media und Digitalisierung des ländlichen Raums.
✉ ccroll@digitale-chancen.de

Jutta Croll ist Vorstandsvorsitzende der Stiftung Digitale Chancen. Als Wissenschaftlerin befasst sie sich mit den Themen Medienpolitik und Mediennutzung, Förderung der Medienkompetenz und Entwicklung eines zeitgemäßen Kinder- und Jugendschutzes im Internet unter Berücksichtigung der Rechte von Kindern einerseits und aktueller technischer Entwicklungen andererseits sowie Usability und Accessibility im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien,

Fragen des Datenschutzes und der Nutzung von Social Media zur Förderung gesellschaftlicher Prozesse.

✉ jcroll@digitale-chancen.de

Dr. Serge Embacher leitet den Arbeitsbereich Fachprojekte in der Geschäftsstelle des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und koordiniert in dieser Funktion das »Forum Digitalisierung und Engagement«.

✉ serge.embacher@b-b-e.de

Dr. Susanna Kahlefeld promovierte an der FU Berlin in Philosophie, war acht Jahre für Bündnis 90/Die Grünen im Bezirksparlament von Berlin-Neukölln, 2011 und 2016 wurde sie mit Neuköllner Direktmandat in das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. Seit 2018 ist sie Vorsitzende des Ausschusses für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation. In der Fraktion ist sie zuständig für Engagement, Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie sowie Europa. Maßgeblich beteiligt ist sie an der Novellierung des Berliner Partizipations- und Migrationsgesetzes.

✉ susanna.kahlefeld@gruene-fraktion.berlin

Dana Milovanovic ist Referentin im Projekt »Forum Digitalisierung und Engagement« in der Geschäftsstelle des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Sie verfügt über einen Bachelor- und Masterabschluss der Europa-Universität Viadrina in den Fächern

Kulturwissenschaften und Soziokulturelle Studien. In der Digitalisierung sieht sie großes Potenzial für das bürgerschaftliche Engagement und dessen nachhaltige Weiterentwicklung. Das Forum stellt für sie ein essenzielles Austauschformat der Zivilgesellschaft zu den drängenden Fragen in Bezug auf den Digitalen Wandel dar.

✉ dana.milovanovic@b-b-e.de

Michael Raeder arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter und IT-Admin bei der Stiftung Digitale Chancen. Seine Themenschwerpunkte liegen in den Bereichen Digitalisierung und Datenschutz.

✉ mraeder@digitale-chancen.de

Teresa Staiger ist Referentin im Projekt »Forum Digitalisierung und Engagement« in der Geschäftsstelle des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Zuvor war sie am Max-Planck-Institut für Intelligente Systeme tätig. Sie hat ihr Studium an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und Cardiff University (B. A. Politikwissenschaft und Geschichte) und an der Philipps-Universität Marburg (M. A. Politikwissenschaft) absolviert. Sie interessiert sich besonders für eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung, die durch eine digital souveräne und engagierte Zivilgesellschaft begleitet wird.

✉ teresa.staiger@b-b-e.de

BBE-NEWSLETTER ONLINE

BBE-NEWSLETTER

Der BBE-Newsletter informiert 14-täglich über die Engagementpolitik und -debatte in Deutschland, interessante Publikationen und Veranstaltungen sowie Aktuelles aus dem BBE. In monatlichen Themenschwerpunkten vertiefen Autor*innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft zivilgesellschaftliche Themen.

 <https://www.b-b-e.de/newsletter>

BBE EUROPA-NACHRICHTEN

Die BBE Europa-Nachrichten zu Engagement und Partizipation in Europa bieten monatlich Informationen und Hintergrundberichte zu europäischen Fragen der Engagementpolitik und -förderung, Gastbeiträge namhafter Europa-Expert*innen sowie Hinweise auf internationale Beteiligungsverfahren.

 <https://www.b-b-e.de/eunewsletter>

INFOLETTER

Der Infoletter zur Woche des bürgerschaftlichen Engagements erscheint vierteljährlich, informiert über die Aktivitäten zu Vorbereitung und Durchführung der Aktionswoche, stellt Engagementprojekte vor und hält über die Nachrichten, Aktionen und Materialien rund um das bürgerschaftliche Engagement auf dem Laufenden.

 <https://www.engagement-macht-stark.de/downloads/infoletter/>

NEWSLETTER-ABO

 <https://www.b-b-e.de/newsletter-abo>